

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/49

Bonn, 10. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>CDU entdeckt Gemeinschaftsaufgaben</u> "Vorwärtsstrategie" in Richtung SPD Schwierige Parteitagsoperation für Dufhuss und Erhard in Hannover	104
3 - 3a	<u>Gehört die Zukunft dem Knall ?</u> Im Zeichen der Überschall-Hysterie Von Bruno Kuster, Genf	86
4	<u>Deutsche ohne deutsche Staatsbürgerschaft</u> Die Einbürgerung der Südostdeutschen bleibt ein Problem	41
5 - 6	<u>"Betreuung" der Gastarbeiter</u> DGB gegen Francos Spitzen	53
6	<u>"Krimi" in Bremen</u> Griechische Gastarbeiter setzen sich zur Wehr	37

Chefredakteur Günter Markscheffel

CDU entdeckt Gemeinschaftsaufgaben

"Vorwärtsstrategie" in Richtung SPD

Schwierige Parteitageoperation für Duffhues und Erhard in Hannover

sp - Die Weichenstellung für den bevorstehenden CDU-Parteitag in Hannover läßt erkennen, daß die CDU versuchen will, sich von einer innenpolitischen Zielsetzung zu lösen, die während vieler Jahre bis in die ersten Monate der Regierung Erhard ihr Gesicht bestimmt hat. Wege und Mittel für diese schwierige Operation sind, das zeichnet sich deutlich ab, ein Plagiat des SPD-Regierungsprogramms von 1961 und der seitdem von der SPD immer konkreter formulierten Gemeinschaftsaufgaben. Eine CDU in SPD-Verpackung soll in Hannover vor dem Fußvolk die Schwierigkeiten der Partei verbergen, die für Erhard und Duffhues inzwischen so zahlreich geworden sind, daß die Finger einer Hand nicht mehr ausreichen, um sie aufzuzählen:

1. Die Parteireform durch Duffhues ist gescheitert.
2. Das Unvermögen Erhards zu klarer Führung.
3. Die Spaltung der Fraktion in der Außenpolitik in eine "gaullistische" und in eine "atlantische" Fraktion.
4. Der sozialpolitische Bankrott des Arbeitsministers Blank.
5. Das Fehlen einer bildungspolitischen Konzeption.
6. Das Fehlen einer Konzeption für Raum- und Verkehrsplanung.
7. Das Versagen in der Planung für das Gesundheitswesen.
8. Die immer noch nur auf dem Papier stehende, längst fällig gewordene gerechtere Eigentumsverteilung.

Um den inneren Parteizwist in der Außenpolitik vor dem Parteitag zu vertuschen, hat man auch aus parteitaktischen Erwägungen die Passierscheinfrage hochgespielt.

In der Sozialpolitik ist ein Vertuschen des Fiaskos unmöglich. Zu lange und zu laut hat Blank die "Unteilbarkeit des Sozialpakets" verkündet. Die "Soziale Ordnung", Hausblatt des Katzer-Flügels, schreibt offen in ihrer März-Ausgabe:

- * "Was noch vor Wochen als Verrat am "Sozialpaket" angesehen und geahndet wurde, hat Minister Blank selbst getan: er hat der Aufschnürung des Sozialpaketes zugestimmt."

In der gleichen Ausgabe der "Soziale Ordnung" hat sich Katzer durch den Vorschlag eines noch in Hannover vorzuliegenden Sozialprogramms als Blanks Nachfolger empfohlen.

In anderen innenpolitischen Fragen will die CDU in Hannover ganz offensichtlich das Programm der SPD kopieren. Den ersten zaghaften Versuch, die sterile Standard-Lösung "Keine Experimente" aufzugeben, unternahm Rainer Barzel, als er Ende 1963 den Text der Brandt-Plakate des Jahres '61 übernahm, ein "Wort mit Erhard" propagierte, um der konservativen CDU einen progressiven Anstrich zu geben. Die "Vorwärts zur SPD - Strategie" wurde endgültig sichtbar, als Duffhues Anfang Februar 1964 in großer Auflage eine CDU-Werbebrochure verbreiten ließ, deren wesentliche politische Forderungen sich vom Regierungsprogramm der SPD des Jahres 1961 nur dadurch unterscheiden, daß sie auf Glanzpapier gedruckt sind.

Die CDU entdeckt plötzlich den Wiederaufbau der Großstädte (von einem besseren Finanzausgleich ist allerdings nicht die Rede) und schreibt über "Gemeinschaftsaufgaben". Das "C" wird in dieser Brochure

nur einmal erwähnt; es wird vom "christlichen Sittengesetz" gesprochen, das die CDU verwirklichen will; ein Begriff, der weder in einschlägigen theologischen noch politischen Handbüchern zu finden ist, den auszubauen und zu begründen die CDU sich hüten wird, könnte man sich doch nur in Richtung Naturrecht zurückziehen. Das aber wäre ein Weg, den mitzugehen der evangelische Flügel der CDU kaum bereit sein dürfte. Das Fehlen einer "letzten Begründung" - der SPD häufig vorgeworfen - soll durch eine "Vorwärts-Strategie für die CDU" ersetzt werden. Im Monats-Sprachrohr der CDU, "Die politische Meinung", wird diese Vorwärts-Strategie von Anton Böhm entwickelt. Zunächst versucht der Verfasser der CDU die Angst vor dem Wort "Planung" auszureden. Daß Bundeskanzler Erhard dieses Wort ein Dutzend Jahre hindurch systematisch verteuflert hat, wird verständnisvoll verschwiegen. - Neu entdeckt für die "Vorwärts-Strategie der CDU" werden:

1. Die Bildungsgesellschaft (die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nahezu identisch mit den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD).
2. Das "Eingreifen der Politik zum Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens: der Gesundheit und der Natur".
3. Gerechte Eigentumsverteilung.
4. Verkehrsplanung und Raumordnung.

"Die politische Meinung" kommt nicht an dem Eingeständnis vorbei, daß diese Vorwärts-Strategie der CDU dazu verdammt ist, der SPD hinterherzulaufen. Zur Bildungspolitik wird festgestellt:

- * "Die SPD hat Aussicht, im Blick des repräsentativen Durchschnitts der Bevölkerung ebenso zur Partei des Bildungsfortschritts zu werden, wie sie bereits als die Partei des kleinen Mannes und seiner Interessen gilt. Man ist geneigt, den Sozialdemokraten eher zu glauben und zuzutrauen, daß sie etwas für Wissenschaft und Bildung tun wollen, als der CDU/CSU."

Ein ähnliches Geständnis muß im Zusammenhang mit der Gesundheitspolitik der SPD abgelegt werden. Die SPD wird der CDU nicht die Frage ersparen können, warum sie sich als langjährige Regierungspartei plötzlich bekennt, als sei sie in der Opposition und müsse erst die Regierungsverantwortung erobern, um das zu verwirklichen, was die SPD seit Jahren fordert. Mit einer Mischung von Zynismus und Naivität wird in der "Politischen Meinung" folgendes Rezept empfohlen:

- * "Es gibt nur einen gangbaren Weg (auf dem man freilich bloß langsam weiterkommen kann): die Verbesserung der Kontakte mit jener Schicht, die Presse, Funk, Fernsehen geistig beherrscht ..." - und als konkrete Maßnahme wird der CDU empfohlen: "Nur darf sie (die CDU) dabei nicht vergessen, daß schon jetzt damit begonnen werden müßte, eine genügend zahlenstarke Mannschaft für diese freien Lokale der CDU zusammenzubringen und auszubilden. Die Partei braucht viel aktive Intelligenz."

Abgesehen von diesen letzten Empfehlungen, die das Gesicht der CDU ungeschminkt zeigen, bleibt nur zu hoffen, daß die stärkste Regierungspartei alle ihre guten Vorsätze auch tatsächlich wahr macht. Die Entdeckung der Gemeinschaftsaufgaben ist ein Fortschritt, wenn man bedenkt, daß die Partei Dr. Adenauers jahrelang versucht hat, die Existenz gerade dieser Gemeinschaftsaufgaben zu ignorieren. Im Übrigen läßt sich erkennen, daß die gleichen Leute, die über ein Jahrzehnt lang stolz darauf waren, an der Spitze einer Honoratiorenpartei zu stehen, nun endlich zu begreifen scheinen, daß eine starke Demokratie starke Mitgliederparteien und eine ständige Diskussion der Mitglieder untereinander braucht. Gerade zu dieser Erkenntnis wäre die CDU zu beglückwünschen, wenn man genau wüßte, daß sie es mit ihren Proklamationen ernst meint.

Gehört die Zukunft dem Knall ?

Im Zeichen der Überschall-Hysterie

Von Bruno Kuster, Genf

Unser ständiger Genfer Korrespondent, Bruno Kuster, verfügt über einen guten Einblick in die Arbeiten der Weltgesundheitsorganisation. Sein nachfolgender Artikel ist das Ergebnis von Überlegungen, die im Rahmen dieser Organisation erörtert werden. Die dramatische Darstellung der Zukunftsvision einer "knallenden Welt" sollte daher nicht unterschätzt werden. - Die Redaktion

* * *

Wenn die Vernunft nicht noch ein Wunder bewirkt, wird es in wenigen Jahren über unseren Köpfen nicht nur ohrenbetäubend dröhnen, sondern auch knallen. Jedesmal, wenn eine der Überschallgeschwinden Verkehrsmaschinen, an deren Entwicklung Amerikaner und Russen, Briten und Franzosen fieberhaft arbeiten, startet, wird ein fürchterlicher Knall Zehntausende oder Hunderttausende von Menschen aus ihrer Arbeit, aus ihrem Vergnügen oder aus dem Schlaf schrecken. Unsere Häuser werden erzittern, Fensterscheiben zersplittern. Es wird gefährlich sein, einen Säugling in der Nähe eines geschlossenen Fensters zur Ruhe zu betten; gefährlich, einer Häuserfront entlangzugehen. In den Kunstmuseen werden Gemälde von den Wänden fallen. Keine Andacht, keine wissenschaftliche Vorlesung, keine Schulstunde, kein Konzert, kein Gespräch im Familien- oder Freundeskreis ohne den allgegenwärtigen Knall.

Der Knall wird kein einmaliger Zufall sein, wie es schon jetzt ab und zu vorkommt, wenn ein Düsenjäger die Schallmauer durchbricht. Nein, nach jedem Start, einmal, zweimal oder zwanzigmal täglich und in der Nacht. Vielleicht wird unser Gehör darunter leiden. Sicher werden unsere Nerven zerrüttet.

Wofür dieser Preis ?

Es ist völlig gleichgültig, ob die Knallmaschinen mit doppelter (wie die französisch-britische "Concorde") oder mit dreifacher Schallgeschwindigkeit (wie die amerikanische A 1) fliegen werden. Entscheidend ist einzig die Frage, ob die Opfer, die der Bevölkerung aller Länder zugemutet werden, in irgend einem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen dieses "Fortschrittes" stehen. Hier ist natürlich nicht vom Nutzen für diese oder jene Unternehmung, für das nationale Prestige dieser oder jener Macht die Rede. Gemeint ist der Nutzen für die Allgemeinheit. Bisher wurde bezeichnenderweise nicht einmal der Versuch unternommen, einen solchen allgemeinen Nutzen nachzuweisen.

Die wirkliche Triebfeder dieses verhängnisvollen Wettlaufes ist nicht der Dienst an der Allgemeinheit, sondern die Furcht, von "andern" überflügelt und wirtschaftlich an die Wand gedrückt zu werden. Doch lassen wir die wirtschaftlichen Überlegungen beiseite. Gehen wir darüber hinweg, daß die Überschallmaschinen die heutigen Düsenflugzeuge vorzeitig zum Verschrotten und manche Fluggesellschaft trotz Subventionen aus Steuergeldern zum Konkurs verdammen würden ...

Bitte keine Bagatellisierungsversuche !

Es werden sich "Sachverständige" finden, die "beweisen", daß der Knall erstens nicht schlimm und zweitens völlig unschädlich sei, daß sich drittens die Konstrukteure des Problems annehmen werden, und daß viertens die Schallmauer erst in großer Höhe durchstoßen werde. Fünftens müsse man deshalb erst einmal warten, um "Erfahrungen" sammeln zu können. Aber das ist ja gerade der Wahnsinn: unbeschwert vor allen Skrupeln baut man ein Ungeheuer, dessen schädliche Auswirkungen überhaupt noch nicht zuverlässig abgeschätzt werden können. Und wenn es dann da ist, wird man bedauernd mit den Achseln zucken und sagen, man habe zu viel Kapital in die Entwicklung der Knallmaschinen investiert, um noch etwas ändern zu können ...

Handeln, bevor es zu spät ist

Haben wir schon zu sehr resigniert, um uns noch zur vielleicht aussichtslosen Abwehr aufzuraffen? Hat es überhaupt einen Sinn, sich dem "Fortschritt" entgegenzustemmen? Es hat einen Sinn, das Leben zu schützen. Keine noch so geniale Errungenschaft der Technik verdient den Namen "Fortschritt", wenn sie gegen die Lebensgesetze verstößt. Es gibt eine Grenze, hinter welcher die unmenschliche Herrschaft der Verantwortunglosigkeit beginnt. Auf vielen Gebieten bereits sind wir in diese Grenzzone geraten. An manchen Stellen wurde der kritische Punkt meist blindlings überschritten. Deshalb gerade, weil wir die Gefahren der Überschall-Hysterie nur zu deutlich sehen, haben wir nicht das Recht, die Hände in den Schoß zu legen.

Wenn das Überschallflugzeug in seiner zivilen Version einmal da ist, wird es hundertmal schwerer, wenn nicht völlig aussichtslos sein, dagegen etwas zu unternehmen. Denn das Gesetz der Konkurrenz zwingt Fluggesellschaften und Flughäfen, mitzutun, um nicht ausgeschaltet zu werden.

Europa kann MEIN sagen

Aber heute, bevor der Tanz begonnen hat, besteht noch eine kleine Chance. Die Regierungen, die mit Steuergeldern den Bau der Überschallflugzeuge finanzieren, müssen mit Protesten überflutet werden. Man muß die Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz fordern, welche die Terrorisierung der Menschheit mit dem Überschall-Knall achtet.

Die europäischen Städte, in deren Nähe interkontinentale Flughäfen liegen, müssen unverzüglich miteinander Fühlung aufnehmen und sich solidarisch verpflichten, Überschallflugzeugen die Landung zu verweigern. Westeuropa als das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt würde durch die neue Ära im Luftverkehr am härtesten betroffen. Ein entschlossenes MEIN der europäischen Städte (sie stellen einen beträchtlichen Teil des potentiellen "Marktes" dar, den sich die Überschallmaschinen erobern möchten), dem sich überseeische Großstädte anschließen, könnte sie vielleicht noch verhindern.

Gewiß, noch andere und schlimmere Gefahren bedrohen uns. Aber auch hier und jetzt muß sich entscheiden, ob der Mensch Herr oder Opfer der Technik ist; ob Ehrgeiz, Macht- und Gewinnstreben einiger weniger über die Lebensrechte der Menschheit triumphieren.

Deutsche ohne deutsche Staatsbürgerschaft

A.St. - Hunderttausende von Deutschen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, leben unter uns. Auf diese wenig bekannte Tatsache wies der Rat der Südostdeutschen erneut hin, als er seine Forderung, diesen Personenkreis durch Gesetz einzubürgern, dem Vorstand der SPD erläuterte.

Die nach dem zweiten Weltkrieg wegen ihres Deutschtums aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und der Slowakei vertriebenen Deutschen hatten ja die Staatsbürgerschaft ihrer Herkunftsländer besessen und waren nicht deutsche Staatsangehörige; sie wurden es auch nicht durch die Aufnahme und Eingliederung in Deutschland, Artikel 116 des Grundgesetzes verbürgte ihnen jedoch eine rechtliche Gleichstellung mit deutschen Staatsangehörigen. Die Behörden stellen ihnen seither anstandslos deutsche Bundespersonalausweise und Reisepässe aus; sie sind wahlberechtigt, die jungen Männer müssen ihren Wehrdienst in der Bundeswehr ableisten, kurz, sie werden in allem und jedem als Bürger behandelt, und doch, sie sind es nicht. Sie besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, ebensowenig wie ihre Kinder oder gar Enkel, die im Bundesgebiet geboren werden und aufwachsen.

Freilich haben diese "Volksdeutschen" einen Anspruch auf gebührenfreie Einbürgerung, der ihnen nach dem sogenannten Staatsangehörigkeitsregelungsgesetz zusteht; aber nur ein kleinerer Teil von ihnen hat diese Möglichkeit ergriffen und auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Den meisten aber ist es entweder ganz unbekannt geblieben, daß ihnen im zehnten Nachkriegesjahr auferlegt wurde, in einem etwas umständlichen Antragsverfahren die deutsche Staatsangehörigkeit noch besonders zu erwerben, oder sie scheuen den damit verbundenen Papierkrieg.

Leider muß man feststellen, daß die unterschiedliche Verfahrenspraxis der Bundesländer geeignet ist, Einbürgerungsbewerber abzuschrecken. So hat Bayerns Innenminister Junker vor einiger Zeit verfügt, daß die Behörden noch einmal zu prüfen haben, ob die objektiven und subjektiven Merkmale der deutschen Volkszugehörigkeit im Einzelfall tatsächlich vorliegt, und ob sich der Antragsteller auch in der alten Heimat offen zu seinem Deutschtum bekannt hat. Hierfür ist heute, zwei Jahrzehnte später, der Beweis meist nur schwer zu erbringen. Kein Wunder, daß südostdeutsche landsmannschaftliche Organisationen, die bis vor kurzem ihre Landsleute noch nachdrücklich ermunterten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, heute zur Zurückhaltung raten, da der Antragsteller Gefahr laufen kann, die bisher innegehabte rechtliche Gleichstellung mit einem deutschen Staatsangehörigen zu verlieren, wenn es ihm nicht gelingt, die erforderlichen Nachweise zu erbringen und stattdessen richtedeutscher Ausländer zu werden.

Wie die Dinge heute liegen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Staatsangehörigkeitsfrage für diesen Personenkreis auf dem Wege der individuellen Einbürgerung gelöst werden kann, zumal seine administrative Erfassung heute praktisch ausgeschlossen ist. Daher fordern die im Rat der Südostdeutschen vertretenen Landsmannschaften eine Novellierung des Staatsangehörigkeitsregelungsgesetzes, die allen Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit diese kollektiv verleiht. In diese Maßnahme der Gruppeneinbürgerung sollte ein Ausschlagungsrecht eingebaut werden, ähnlich, wie es seinerzeit den Sudetendeutschen eingeräumt wurde, deren deutsche Staatsangehörigkeit ja durch Bundesgesetz bereits festgestellt worden ist.

"Betreuung" der Gastarbeiter

DGB gegen Franco's Spitzel

sp - 820 000 Gastarbeiter leben in der Bundesrepublik. 285 000 davon sind Italiener, 119 000 sind aus Spanien, 116 000 kommen aus Griechenland, 30 000 aus der Türkei. Sie alle unterliegen politischen Einflüssen, leider nicht nur demokratischen. Die Kommunisten machen sich an sie heran und stiften Unruhe. Aber auch von rechts wird infiltriert: Italiens Neofaschisten lassen ihre Minen springen; Franco's Behörden nehmen ihre Landsleute fest an die Kandare. Die Bundesregierung scheint das nicht aufzuregen. Nur nach links schlägt sie aus. Wenn sie nach rechts schaut, drückt sie rasch beide Augen zu.

Über diese Tatsachen berichtete jetzt Günther S t e p h a n, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes. Immer enghirniger wird das Netz der spanischen Kontroll- und Propagandakommissionen in der Bundesrepublik. Arbeitsattachés und konsularische Stellen in verschiedenen Städten lassen die Arbeiter spüren, daß sie auch hier von Franco's Staat abhängig sind und von ihm überwacht werden. Die gleiche Funktion üben amtliche spanische Kommissionen aus, die bei verschiedenen örtlichen Arbeitsämtern bestehen. Unterstützt werden sie von 50 spanischen "Zentralen oder Häusern", die über das ganze Bundesgebiet verstreut sind. Die Radiosendungen aus Spanien werden verstärkt. Seit längerer Zeit gibt es eine speziell für die Bundesrepublik bestimmte Ausgabe der Wochenzeitung "7 Fechas", die im Auftrag der Falange Bewegung tätig ist und sich in ihrer Hetze gegen die deutschen Gewerkschaften geradezu überschlägt.

Warum werden diese Aktivitäten bei uns totgeschwiegen? Das DGB-Vorstandsmitglied Stephan sieht die Dinge so: Es geht offenbar um die Stärkung ausbaufähiger Geschäftsverbindungen und mehr noch um das gute Einvernehmen mit Staaten, mit denen man nicht nur freundschaftliche Beziehungen unterhält, sondern in einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis sitzt. Man komme hier in die Zone von "Staatsräson" und "Profitstreben". "Seit deutsche Minister bei Spanienaufträgen Reden des Inhaltes halten, daß die deutsche Jugend mit der Falange-Jugend Kontakte aufnehmen sollte, und Bundestagsabgeordnete zum Ordensempfang nach dort fahren, braucht uns eigentlich die ganze offizielle Haltung zu dieser Frage und das Verschweigen der von mir aufgezeigten Tatbestände nicht zu verwundern?"

Italiens Neofaschisten, die in unserem Lande Fuß fassen wollen, sind in ihrer Heimat zugelassen. Auch ihr "gewerkschaftlicher" Ableger darf sich ungehindert ausbreiten. In der Bundesrepublik unterhalten die Neofaschisten ein offizielles Büro.

Ist es so harmlos, wie es der deutsche Verfassungsschutz darstellt? In eigentümlicher Legalitätsgläubigkeit läßt er verlauten: "Die bisherige offizielle Charakterisierung der in Italien selbst legalen Gewerkschaftsbewegung CISNAL und deren Betreuungsorganisation ENAS besagt, daß rechteradikale Tendenzen nicht erkennbar sein sollen." Die Tätigkeit dieses Büro laufe bisher den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zuwider.

Dazu Stephan: "Spätestens hier ist doch die Frage an unsere staatlichen Organe berechtigt, ob etwa bei einer Anfrage nach dem Sinn und Zweck der kommunistischen INCA-Büros in Heidelberg und München die Antwort auch lauten wird: Die bisherige offizielle Charakterisierung der in Italien legalen Gewerkschaften CGIL und deren Betreuungsorganisation INCA besagt, daß linkeradikale Tendenzen nicht erkennbar sein sollen."

+ + +

"Krimi" in Bremen ...

Griechische Arbeiter setzen sich zur Wehr

G.V. - 700 Griechen werden in einem Industriebetrieb in Bremen beschäftigt. Außerdem in weiteren Betrieben kleinere und größere Gruppen. Sie haben Beschwerden; wegen der Belohnung, wegen der Unterkunft, wegen des strengen Regiments der Dolmetscherin. Sie haben Probleme: sie wollen eine griechische Schule für ihre Kinder, auch Deutschunterricht für sich, auch eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Sie wollen sich organisieren, zu einer Griechischen Gemeinde zusammenschließen.

Einem in diesen Bestrebungen führenden junger Arbeiter nähert sich ein Kollege und eröffnet ihm, falls man die geplante Versammlung abblasen würde, könne man 8.000 DM und zwei Flugkarten nach Athen einstecken. Der Angesprochene wittert eine Falle seitens finanzkräftiger Interessierter. Er willigt ein und versucht gleichzeitig mit spärlichem Deutsch und "broken english" verschiedenen Polizeidienststellen den Sachverhalt auseinanderzusetzen. Zum vereinbarten Termin der Übergabe des Geldes stoßen zwei in verschiedene Richtungen lauernde Polizeiabteilungen zusammen ... Die eine vom vermeintlichen Erpresser alarmiert, die andere von den sich erpresst fühlenden finanzkräftigen Interessierten. Es wird verhaftet. Griechen rotten sich zusammen und wollen ihren Kollegen freibekommen. Mangels Tatbestands wird er auch freigelassen. Bei der polizeilichen Untersuchung zuvor hatten sich einige Zeugen, die die Erpressung als tatsächlich begangen darstellen wollten, in Widersprüche verstrickt. Happy end: die große Versammlung der Gemeinde fand statt, der Freigelassene wurde Vorsitzender ... Nachspiel: Der Kollege, der der Plan zunächst vortrug, ist seitdem (26. Januar d.J.) spurlos verschwunden. Ob mit oder ohne Flugkarte ist hierzulande nicht bekannt ...

Griechischer- und deutscherseits ist in Bremen zu erfahren, daß zu diesen kriminalistischen Abenteuer die Haltung zuständiger griechischer Stellen in Hamburg wesentlich beigetragen hätte. Ein griechischer Oberst a.D., der die Gastarbeiter in Norddeutschland väterlich zu betreuen hat, wende während seines Dienstes zur Selbstverständlichkeit gewordene Auffassungen über Disziplin und Organisation auch jetzt an. Frei gewählten Vertretern der Griechen sei mit Mißtrauen zu begegnen. Moskaus lange Hand könne vielleicht auch dabei mit im Spiel sein. Auch der als ERE-Anhänger bekannte griechische Generalkonsul in Hamburg wußte, als die Affäre sich in Bremen abwickelte, schauerliche, aber den Tatsachen nicht entsprechende Geschichten zur Person des Verhafteten zu erzählen. An einer Klärung des Sachverhalts zeigte man kein Interesse...

+ + +